

Protokoll

über die Sitzung des **Schulausschusses** am Mittwoch, **28.10.2020**, 18:00 Uhr, im Mensa der **Kooperativen Gesamtschule Neustadt a. Rbge., Leinstraße 85, 31535 Neustadt a. Rbge.**

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Stefan Porscha

Stellv. Vorsitzende/r

Herr Ferdinand Lühring

Mitglieder

Frau Ute Bertram-Kühn

Herr Günter Hahn

Herr Stephan Iseke

Herr Klaus Kosellek

Herr Björn Niemeyer

Frau Lea-Mara Sommer

Herr Thomas Stolte

Frau Melanie Stoy

Frau Heike Stünkel-Rabe

Vertreter/innen

Herr Ingo Langhof

Lehrervertreter/in

Herr Kai Eichmann

Frau Astrid Loth

Verwaltungsvorstand

Herr Maic Schillack

Gäste

Herr Friedhelm Birth

bauart Architekten Hannover, anwesend bis
20:15 Uhr

Verwaltungsangehörige/r

Frau Antje Fröhlich

Herr Stefan Ilsemann

Herr Uwe Wilkens

anwesend bis 19:15 Uhr

Zuhörer/innen

Zuhörer/innen

= 15

Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr

Sitzungsende: 20:18 Uhr

Tagesordnung

- | | | |
|-----|---|------------|
| 1 | Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung | |
| 2 | Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung am 07.07.2020 | |
| 3 | Berichte und Bekanntgaben | |
| 3.1 | Beteiligung der Ortsräte; Stellungnahmen der Verwaltung zu den Vorschlägen der Ortsräte für den Haushalt 2021 | 2020/187/1 |
| 3.2 | Möglichkeiten der Ganztagsbetreuung durch Zusammenarbeit von Schulen und Kindertagesstätten | 2020/225 |
| 4 | Einwohnerfragestunde gemäß § 62 Absatz 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes | |
| 5 | Raumproblematik an der Grundschule Bordenau | |
| 6 | Haushaltssatzung für das Haushaltjahr 2021 mit Ergebnis- und Finanzhaushalt sowie Stellenplan 2021 und Feststellung der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung und des Investitionsprogramms | 2020/181 |
| 7 | Technische Einrichtung eines Modell-Unterrichtsraumes zur Unterstützung hybrider Unterrichtsformen | 2020/209 |
| 8 | Weiteres Vorgehen zur Umsetzung des Bescheides der NLSchB der Grundschule Mandelsloh/Helstorf | |
| 9 | Antrag der Michael Ende Schule auf Umwandlung in eine Offene Ganztagschule - Herstellung des Einvernehmens mit dem Schulträger nach § 23 Abs. 6 NSchG | 2020/216 |
| 10 | Anfragen | |

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende Herr Porscha begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Herr Porscha schlägt vor TOP 9 vorzuziehen und den TOP 7 „Antrag Michael Ende Schule auf Umwandlung in eine Offene Ganztags-Schule“ von der Tagesordnung abzusetzen, da hier noch Beratungsbedarf in den Fraktionen bestehe. Die Entscheidung solle auf die nächste Sitzung des Schulausschusses vertagt werden. Der Schulausschuss fasst einstimmig bei einer Enthaltung folgenden

Beschluss:

Der TOP 9 wird vorgezogen und wird zu TOP 5. Die TOPe 5 bis 8 werden zu den TOPen 6 bis 9. TOP 9 wird von der Tagesordnung abgesetzt.

2. Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung am 07.07.2020

Der Schulausschuss fasst einstimmig bei 4 Enthaltungen folgenden

Beschluss:

Das Protokoll über den öffentlichen Teil der Sitzung am 07.07.2020 wird genehmigt.

3. Berichte und Bekanntgaben

Herr Schillack teilt mit, dass die Endgeräte für die Container der KGS demnächst geliefert werden und mit der Schulleitung der KGS geklärt wurde, warum es zu den unterschiedlichen Auffassungen zur Förderung der Ausstattung Container lag. In den Haushaltsgesprächen mit der KGS war noch keine Förderung gemäß der Richtlinie des Niedersächsischen Kultusministeriums möglich. Die Drucksache zur zukünftigen Entwicklung der Grundschule Mandelsloh/Helstorf wird am Montag dem Bürgermeister vorliegen.

3.1. Beteiligung der Ortsräte; Stellungnahmen der Verwaltung zu den Vorschlägen der Ortsräte für den Haushalt 2021 2020/187/1

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

3.2. Möglichkeiten der Ganztagsbetreuung durch Zusammenarbeit von Schulen und Kindertagesstätten 2020/225

Herr Schillack teilt mit, dass die Informationsvorlage aufgrund des Vortrages von Herrn Kolley von der Niedersächsischen Landes-

schulbehörde (NLSchB) in der Sitzung des Schulausschusses am 30.09.2020 gefertigt wurde. Da diese als Tischvorlage vorliegt, bittet Frau Bertram-Kühn, die Vorlage auf die nächste Sitzung des Schulausschusses zu verschieben.

4. Einwohnerfragestunde gemäß § 62 Absatz 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes

- a) Herr Traupe fragt an, ob die Stadtverwaltung den Antrag der der Fraktionen von CDU, Grüne/Linke und UWG zur Einrichtung eines Modell-Unterrichtsraumes (TOP 7) richtig interpretiert habe. Wichtig sei die Multiplikation des Raumes und dass die Technik möglichst variabel sein solle. Weiter fragt Herr Traupe, ob die Stadtverwaltung bei der Variante 2 mitarbeiten könne. Herr Schillack teilt mit, dass die Stadtverwaltung gerne mit Herrn Traupe und der Schule zusammenarbeiten würde. Auch möchte Herr Traupe wissen, ob die Nutzung des Raumes wie in Variante 3 auch in der Variante 1 möglich sei. Herr Schillack teilt mit, dass bei der Lösung zu Variante 3 an einen Modellraum in der vhs gedacht wurde, damit alle Schüler/-innen und Lehrer aller Schulen und auch andere Personen diesen Raum nutzen können. Abschließend teilt Herr Traupe mit, dass das Glasfaserkabel der Firma rasannt nur bis zum Balneon gelegt werden solle. Herr Traupe möchte wissen, ob die Möglichkeit bestehe, dass dieses Kabel weiter bis zur KGS gelegt werde. Herr Schillack teilt mit, dass das Kabel weiter verlegt werden könne, wenn die KGS mitteilt, dass eine Leistung von 1 GB ausreicht. Dies würde jedoch den Austritt aus dem Förderprogramm der Region Hannover bedeuten.
- b) Herr Schmidt fragt an, ob die Sitzungen des Schulausschusses bei einem weiteren Lockdown per Videokonferenz stattfinden werden. Herr Schillack teilt mit, dass die Sitzungen unter Einhaltung der Abstandsregeln und Hygienekonzepte weiterhin als Präsenzveranstaltung stattfinden können.
- c) Herr Neikes schildert die Problematik bei der Schülerbeförderung aufgrund der Corona-Pandemie und fragt an, ob es eine Lösung gebe. Herr Ilsemann teilt mit, dass ein weiteres Gespräch bzgl. der weiterführenden Schulen zwischen der Stadtverwaltung, regio Bus und der Region Hannover geplant sei. Herr Neikes erklärt, dass das Problem auch an den Grundschulen bestehe. Er werde bei den Grundschulen abfragen, wie dort die Situation der Schülerbeförderung sei.
- d) Eine ZuhörerIn möchte wissen, wo die Umsetzung des schulischen Ganztags nachzulesen sei. Herr Schillack teilt mit, dass es dazu einen Bundeskabinettsbeschluss gebe, wonach eine Umsetzung bis 2025 erfolgen solle.

5. Raumproblematik an der Grundschule Bordenau

Herr Porscha fragt nach der derzeitigen Lage an der Grundschule Bordenau. Herr Ilsemann teilt mit, dass dort zzt. 7 Klassen unterrichtet werden und 8 Klassenräume vorhanden sein. In der Betriebserlaubnis des Hortes sei festgelegt, dass ab 12.45 Uhr zwei Räume der Schule genutzt werden müssen. Es besteht die Möglichkeit, dass das angrenzende Schützenhaus genutzt werden könne. Dies sei aber nur eine Lösung während der Corona-Pandemie und keine dauerhafte Lösung. Herr Lühring fragt an, warum eine Entscheidung so lange dauere, da ein Container zur Verfügung stehe, der kostenfrei sei, abgesehen von den Anschlusskosten. Herr Ilsemann erwidert, dass die Stadtverwaltung eine dauerhafte Lösung suche. Herr Niemeyer fragt ebenfalls, warum der zur Verfügung stehende Container nicht genutzt werde. Der Container könne auch nach der Pandemie weiter genutzt werden. Herr Schillack teilt mit, dass es darauf ankomme, was in den Container komme. Hier müsse man sich an die Vorgaben der NLSchB halten. Herr Eichmann erklärt, dass er aufgrund der Notlage an der Grundschule Bordenau kein Verständnis für die lange Bearbeitung habe. Frau Loth schildert die Lage der Lehrer an der Grundschule Bordenau. Ein Raum sei derzeit in Doppelnutzung durch Schule und Hort. Die Raumproblematik habe sich durch die Corona-Pandemie noch erhöht. Das Angebot für den Container habe bereits im Juli 2020 vorgelegen und im September 2020 gab es schon zwei Treffen. Die Möglichkeit der Nutzung des Schützenhauses sei für den Hort nur für die Einnahme des Mittagessens geeignet. Als eigentlicher Hortraum sei das Schützenhaus nicht nutzbar. Frau Loth bittet daher dringlich um die Aufstellung des Containers. Frau Fröhlich erläutert die rechtliche Seite des Hortes. Seit 2016 ist der Hort in Bordenau an die Betriebserlaubnis gebunden, welche eine Nutzung eines Raumes in der Grundschule vorsieht. Ein Container würde zwar mehr Raum schaffen, würde die Situation aber nicht entzerren. Frau Ludwigs möchte die bestmögliche Lösung für Hort und Schule und fügt an, dass der Container neben dem Raum stehen könne, welcher sowieso den halben Tag leer stehe. Herr Schillack wird mit Frau Rohmann von der NLSchB und Frau Tellbach vom Landesjugendamt einen Termin vor Ort vereinbaren.

Herr Porscha unterbricht die Sitzung von 18:48 Uhr bis 18:50 Uhr.

Frau Loth teilt mit, dass bezüglich der Raumproblematik endlich etwas passieren müsse. Herr Lühring führt an, dass an der Grundschule Havelse auch Container aufgestellt wurden. Vielleicht könne die Stadtverwaltung sich diesbezüglich Informationen bei der Stadt Garbsen holen. Frau Fröhlich teilt mit, dass die Betriebserlaubnis des Hortes eine Nutzung von zwei Schulräumen ab 12:45 Uhr vorsieht. Die Schule brauche die Räume jedoch bis 13:30 Uhr. Herr Stolte führt an, dass die Räume des Schützenhauses für das Mittagessen zur Verfügung stehen würden. Er befürwortet die Nutzung bis der Container aufgestellt werde. Herr Niemeyer gibt an, dass die Stadtverwaltung sich Gedanken machen müsse, um eine Lösung zu finden und macht den Vorschlag, dass ein Beschluss zur Aufstellung des Containers gefasst wird. Herr Porscha macht daraufhin den Vorschlag, dass die Stadtver-

waltung unverzüglich eine Lösung zusammen mit der NLSchB und dem Landesjugendamt erarbeiten solle. Der Schulausschuss fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Stadtverwaltung möge das Angebot des kostenlosen Containers annehmen und eine Lösung mit der NLSchB und dem Landesjugendamt unmittelbar erarbeiten. Das Ergebnis soll in der nächsten Sitzung des Schulausschusses vorgestellt werden.

6. **Haushaltssatzung für das Haushaltjahr 2021 mit Ergebnis- und Finanzhaushalt sowie Stellenplan 2021 und Feststellung der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung und des Investitionsprogramms** 2020/181

Herr Isemann erläutert die erstellte Zusammenfassung (**Anlage 1**) zur Vorlage und verteilt diese an die Ausschussmitglieder. Herr Langhof möchte wissen, welche Schulen in der Haushaltsplanung 2021 berücksichtigt werden und ob es die Schulsozialarbeiter auch in Zukunft geben werde. Herr Schillack erklärt, dass die Schulsozialarbeiter von der Landesbehörde gestellt werden, es aber auch weiterhin drei Schulsozialarbeiter auf kommunaler Ebene geben werde. Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis. Aufgrund von Beratungsbedarf der Fraktionen wird eine Entscheidung zurückgestellt. Der Schulausschuss fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Entscheidung wird zurückgestellt und auf die nächste Sitzung des Schulausschusses vertagt.

7. **Technische Einrichtung eines Modell-Unterrichtsraumes zur Unterstützung hybrider Unterrichtsformen** 2020/209

Herr Iseke erläutert die Ansicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/Die Linke. Von der Fraktion werde die Variante 1 favorisiert. Wichtig hierbei sei, dass nicht so lange mit der Einrichtung des Raumes gewartet werde und dass ein stabiles Internet vorhanden sei. Herr Lühring teilt mit, dass die SPD die Variante 4 bevorzuge und alle weiterführenden Schulen damit ausgestattet werden. Herr Langhof fragt nach, ob es von der KGS eine Aussage gebe, welche Variante von dort bevorzugt werde. Herr Iseke teilt mit, dass er den Modell-Unterrichtsraum an der KGS für sinnvoll halte, da dort zwei Räume vorhanden seien, die dafür genutzt werden könnten. Die Kosten pro Raum würde er mit 10.000 bis 15.000 Euro beziffern.

Herr Porscha unterbricht die Sitzung von 19:15 Uhr bis 19:18 Uhr.

Herr Niemeyer erklärt, dass die CDU für nur einen Modell-Unterrichtsraum stimme und daher die Variante 1 befürwortet. Laut Herrn Hahn unterstützt die UWG ebenfalls die Variante 1.

Herr Langhof fragt an, was gegen die Variante 1 sprechen würde und ob diese auch aus dem Digitalpakt finanziert werden könne. Parallel sollte auch schon die Planung eines solchen Unterrichtsraumes für die anderen Schulen erfolgen. Herr Schillack stellt klar, dass die 2 Mio. aus dem Digitalpakt nicht ausreichen werden. Hierbei handele es sich nur um eine Anschubfinanzierung. Frau Bertram-Kühn teilt mit, dass die FDP auch die Variante 1 unterstütze. Herr Lühring fragt, welche Variante die Stadtverwaltung bevorzuge. Herr Schillack erklärt, da die vhs noch im Bau und daher von der Ausstattung noch variabel sei, würde die Stadtverwaltung die Variante 3 bevorzugen. Herr Niemeyer verweist auf die Anlage zur Vorlage (Antrag der CDU, Bündnis 90/Die Grünen/Die Linke und UWG) in der es heißt, dass der Raum als Modell zur Einrichtung weiterer Räume an den anderen Schulen dienen solle. Herr Schillack teilt mit, die 50.000 Euro als überplanmäßige Aufwendung zur Verfügung zu stellen. Es wird beantragt, die Variante 1 um folgende Zusätze zu ergänzen:

- Dieser Unterrichtsraum soll Modellcharakter haben und als Vorbild zur Einrichtung weiterer Räume dienen.
- Die 50.000 Euro werden als überplanmäßige Aufwendung zur Verfügung gestellt.

Der Schulausschuss fasst einstimmig folgenden abweichenden empfehlenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Neustadt unterstützt die Schulen in kommunaler Trägerschaft in einem gezielten Aufbau hybrider Unterrichtsformen, um für die unterschiedlichen Szenarien der Unterrichtsgestaltung des Pandemieplans gewappnet zu sein und gleichzeitig zukunftsfähige Unterrichtskonzepte zu ermöglichen.

Um das umzusetzen, wird der Bürgermeister beauftragt an der KGS die technische Einrichtung eines Modell-Unterrichtsraumes zur Unterstützung des hybriden Lernens mit den Hilfsmitteln moderner IT-Kommunikationsinfrastruktur im Rahmen von bis zu 50.000 Euro zur Verfügung zu stellen. Dieser soll Modellcharakter haben und als Vorbild zur Einrichtung weiterer Räume dienen. Die 50.000 Euro werden als überplanmäßige Aufwendung zur Verfügung gestellt.

8. Weiteres Vorgehen zur Umsetzung des Bescheides der NLSchB der Grundschule Mandelsloh/Helstorf

Herr Porscha begrüßt Herrn Birth von der Firma bauart Architekten Hannover. Herr Birth stellt anhand einer Präsentation (**Anlage 2**) das Büro bauart Architekten vor. Mit gleicher Präsentation stellt Herr Birth auch erste Überlegungen zur Umsetzung des Bescheides der NLSchB an der Grundschule Mandelsloh/Helstorf vor. Auch haben schon Gespräche mit der Stadtverwaltung zur Umsetzung der Workshops stattgefunden. Herr Hahn teilt mit, dass der Vortrag von Herrn Birth eher für den Bereich Wohnungsbau interessant sei und fragt nach Erfahrungen mit Workshops im Schulbau. Herr Birth erwidert, dass bereits ein Gutachten für die Grundschule Bordenau erstellt wurde und zurzeit ein Gutachten

für die Grundschule Schneeren in Arbeit sei. Das Büro bauart hat bereits mehrere Vorhaben im Bereich Schulbau begleitet. Herr Porscha berichtet von dem Treffen mit der Steuerungsgruppe am 27.10.2020 (**Anlage 3**). Die Steuerungsgruppe nehme ihre Arbeit erst nach der Entscheidung über den Antrag auf Eigenständigkeit der Grundschule Helstorf wieder auf. Aufgrund der Absage mehrerer Termine für Treffen der Steuerungsgruppe sollen für die Mitglieder namentlich Vertreter genannt werden. Die Stadtverwaltung soll bei der NLSchB eine Verlängerung der Frist beantragen. Über einen neuen Termin für die Frist wurde noch nicht gesprochen. Herr Porscha schlägt den 30.04.2021 als Termin vor. Herr Hahn fragt, wie es dann weitergehe. Herr Porscha teilt mit, dass erst die Entscheidung des Rates und evtl. der NLSchB über den Antrag der Eigenständigkeit abgewartet werden müsse. Frau Bertram-Kühn teilt mit, dass sie bereits im Januar 2020 einen Antrag auf Verlängerung der Frist um zwei Jahre beantragt habe. Sie freue sich, dass die anderen Ausschussmitglieder nun ebenfalls diese Richtung eingeschlagen haben. Frau Ortelt betont nochmals, dass der Kooperative Hort zum 31.07.2021 auslaufe. Herr Porscha unterbreitet einen Vorschlag zur weiteren Vorgehensweise in dieser Angelegenheit. Daraufhin fasst der Schulausschuss einstimmig bei 4 Enthaltungen folgenden

Beschluss:

1. Die Stadtverwaltung beantragt gegenüber der NLSchB eine Verlängerung der im Bescheid genannten Frist über den 01.11.2020 hinaus bis zum 30.04.2021 und führt dabei auch als Begründung an, dass zunächst die Entscheidung über die Eigenständigkeit des Standortes Helstorf durch den Rat der Stadt Neustadt a. Rbge. abgewartet werden soll.
2. Die Stadtverwaltung erarbeitet mit den Büro bauart Architekten Hannover eine Information für die Eltern und Kinder zur Vorbereitung eines Workshops aus, welche nach Wiederaufnahme der Arbeit der Steuerungsgruppe über die Elternvertreter in geeigneter Form verteilt wird.
3. Für die Teilnehmer der Steuerungsgruppe sollen jeweils feste Vertreter/-innen namentlich benannt werden. Seitens der Lehrkräfte müssen diese nicht zwingend aus dem Schulvorstand sein.

9. Antrag der Michael Ende Schule auf Umwandlung in eine Offene Ganztagschule - Herstellung des Einvernehmens mit dem Schulträger nach § 23 Abs. 6 NSchG

2020/216

Da hier noch Beratungsbedarf in den Fraktionen besteht, wird der TOP abgesetzt. Die Entscheidung soll auf die nächste Sitzung des Schulausschusses vertagt werden.

10. Anfragen

- a) Frau Bertram-Kühn weist auf das Problem der Schülerbeförderung bzgl. der übervollen Busse hin und fragt an, ob die Stadtverwaltung diesbezüglich schon Kontakt zur Region Hannover aufgenommen

habe. Herr Ilsemann teilt mit, dass ein Termin mit der regio Bus und der Region Hannover vereinbart und er dieses Thema ansprechen werde. Herr Porscha gibt an, dass seitens der Region Hannover keine zusätzlichen Fahrten geplant seien. Herr Lühring regt an, bei der Region Hannover vielleicht mehr Druck zu machen. Die Region gewähre aufgrund der Corona-Pandemie finanzielle Hilfen für Gaststätten, etc., aber leider nicht für die Schülerbeförderung. Frau Bertram-Kühn bringt vor, dass zumindest zu den Stoßzeiten die Anzahl der Fahrten oder Busse erhöht werde.

- b) Herr Langhof teilt mit, dass der Schwimmunterricht zurzeit von einigen Schulen nicht genutzt werden könne, da aufgrund der Corona-Pandemie nicht genug freie Zeiten bzw. Kapazitäten vorhanden seien. Herr Schillack teilt mit, dass bereits ein Gespräch mit dem Balneon stattgefunden habe. Vom Balneon werde eine Rückmeldung an die Schulen erfolgen. Frau Loth berichtete, dass sich das Balneon bei der Organisation des Schwimmunterrichtes verändert hat. Herr Schillack hat diesbezüglich ebenfalls Kontakt zum Balneon aufgenommen.

Stefan Porscha
Ausschussvorsitzender

Maic Schillack
Erster Stadtrat

Uwe Wilkens
Protokollführer/-in

Neustadt a. Rbge., 16.11.2020